

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



18.2020 Petition Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen - auch in der Schweiz!

Bericht der Aussenpolitischen Kommission vom 31. Januar 2019

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-S) hat an ihrer Sitzung vom 31. Januar und 1. Februar 2019 die von der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am 10. September 2018 eingereichte und von 11 330 Personen unterzeichnete Petition vorberaten.

Die Petition fordert (vgl. Kap. 1 «Inhalt der Petition»), die Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter – auch in der Schweiz – zu schützen.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, der Petition keine Folge zu geben.

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Filippo Lombardi

Inhalt des Berichtes

- 1 Inhalt der Petition
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Inhalt der Petition

Die Petentinnen und Petenten fordern die Bundesbehörden dazu auf,

- sich international und gegenüber China proaktiv dafür einzusetzen, dass die Menschenrechte in Tibet eingehalten und die Kultur und Sprache der Tibeterinnen und Tibeter geschützt werden;
- Seine Heiligkeit den Dalai Lama bei seinem nächsten Besuch in der Schweiz offiziell zu empfangen;
- die Meinungsäusserungsfreiheit zur Situation in Tibet in der Schweiz uneingeschränkt zu gewährleisten;
- Alternativen zur Herkunftsbezeichnung «China» in den Ausweisen zu finden;
- sich für die Einhaltung der Bewegungsfreiheit starkzumachen, indem die Schutzbedürftigkeit anerkannt und den betroffenen Personen ein Reisepass ausgestellt wird;
- konkrete Massnahmen zum Schutz vor Überwachung und für die Einhaltung der Privatsphäre von Tibeterinnen und Tibetern in der Schweiz zu ergreifen und bei Bedarf bei den chinesischen Behörden zu intervenieren.

2 Erwägungen der Kommission

Die Kommission ist sich des Schicksals der Tibeterinnen und Tibeter bewusst und hat deshalb Verständnis für die Petitionsanliegen. Die APK-S weist allerdings darauf hin, dass die Schweiz seit vielen Jahren einen regelmässigen Menschenrechtsdialog mit China führt. Ausserdem betont sie, dass die Schweiz die «Ein-China-Politik» verfolgt, laut der Tibet ein Teil des chinesischen Hoheitsgebiets ist. Ein Folgegeben würde diese Politik sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und China infrage stellen.